

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

194 (22.8.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag Buch- und Steinbruderei R. Barth-Ettlingen, Kronenstr. 26, Fernruf 78, Postfach 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politischen Teil Erich Pabel-Kastatt; für den lokalen und Inseraten-Teil R. Barth-Ettlingen. Druck: R. & S. Greiser, GmbH, Kastatt, Kaiserstr. 40/42. Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr, dringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1,50 RM; zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1,50 RM. Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsheften angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Reichspfennig. Sammelanzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig. Beilagen: Das Lausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhalten des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konturgen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 194

Dienstag, den 22. August 1933

Jahrgang 70

Das Geheimnis von Riccione

Kuhige Beurteilung in Berlin - Verärgerung in Paris

Berlin, 22. Aug. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Das Geheimnis von Riccione beginnt sich allmählich zu lüften. Der österreichische Bundeskanzler hat sich, wie man nunmehr aus den verschiedenen Quellen hört, von dem italienischen Ministerpräsidenten sagen lassen müssen,

daß die angekündigte Tonart gegenüber dem neuen Deutschland und gegenüber der Idee des Nationalsozialismus, die ja auf der gleichen Linie des italienischen Faschismus liegt, doch wohl nicht die geeignete sei, daß vielmehr ein größeres Verhältnis für das neue Deutschland am Plage wäre.

Allerdings weiß man, daß Mussolini kein Freund des sogenannten Anschlusses ist und daß ihm daran liegt, daß die österreichische Selbständigkeit erhalten bleibt. Nun, die Selbständigkeit Österreichs ist von der deutschen Regierung auch in keiner Weise bisher angetastet worden, noch hat man in Berlin den Willen, diese Selbständigkeit anzutasten. Worum es sich handelt, das ist die innere Ueberreimung des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Reichsgrenzen im Sinne der nationalsozialistischen Idee, und

der Vater des Faschismus, Mussolini, ist eher für als gegen ein faschistisch geeintes Europa zu haben.

Bemerkenswert ist übrigens, daß sich Dollfuß in Venedig hundertlang mit dem Führer der Heimwehr, Starbemberg, unterhalten hat. Auch Herr Starbemberg wird unter dem Eindruck der Zustimmung in der Heimwehr einsehen müssen, daß Mussolini recht hat.

Im übrigen scheint Mussolini eine Ausweitung der schon bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten Italien, Österreich und Ungarn anzustreben,

die, wie der „Lavoro Fascista“ sagt, die Möglichkeit einer Verkehrsüberhebung über den Hafen Triest bietet. Es ist offenbar geplant, Österreich durch die Schaffung einer Krezone in Triest eine wirtschaftliche Erleichterung zu schaffen. Man muß nun abwarten, wie die Pläne im einzelnen abgedacht sind. Ein ungarisches Blatt will wissen, daß sich zunächst die Staatsmänner und Fachleute der drei beteiligten Staaten zusammenfinden werden, um hierüber zu beraten. Deutschland wird die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können. In Berlin stimmt man vollkommen der Ansicht Mussolinis zu, daß die internationalen Anleihen für Österreich vollkommen zwecklos sind, ja, daß die jetzige neue Anleihe schon keine Entlastung mehr bringt. Die Franzosen sehen dieser Tatsache mit kaum verhohlenen Mergen ins Gesicht und man scheint in Paris langsam einzusehen, daß der Trumpf mit dem französischen Gold nicht mehr reicht.

Pariser Dratel

Paris, 22. Aug. Die Pariser Morgenpresse widmet der Unterredung Mussolinis mit dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß größte Beachtung, ohne sich jedoch schon jetzt — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — in eigenen

Stellungnahmen dazu zu äußern. Unter diese Ausnahmen fällt in erster Linie das der Regierung nahestehende Organ des ehemaligen Ministerpräsidenten Terriot, die „Ere Nouvelle“, das in nicht mißzuverstehender Form seiner Unzufriedenheit über die Absichten des Duce Ausdruck gibt. Das Blatt weist darauf hin, daß Österreich sich ebenbürtig an Frankreich oder England um Schutz hätte wenden können, um so mehr, als Frankreich durch die letzte Anleihe sein Interesse an der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit bewiesen habe. Zur Unterredung Dollfuß-Mussolini selbst betont die „Ere Nouvelle“, daß die Absicht des Duce, Österreich und Ungarn einander näher zu bringen, nicht übermäßig, da man italienischerseits stets bemüht gewesen sei, eine Stärkung der kleinen Entente zu verhindern, weil sie den Ausdehnungs- und Hegemoniebestrebungen des Faschismus hinderlich sein könnte. Die Frage scheint nur die, ob die Gleichgewichtspolitik Mussolinis mit den Interessen des Friedens vereinbar sei und dem wirtschaftlichen Aufbau dieses Teiles Europas diene. Daran müsse doch sehr gezwweifelt werden.

Mussolini lasse sich bei seinen Bemühungen sicherlich von dem Wunsch leiten, die Einhaltung des Völkerbundes in den deutsch-österreichischen Streit zu vermeiden.

Wenn Frankreich ganz im Gegenteil dafür eingetreten sei, den Völkerbund damit zu beschäftigen, so sei dies aber ausschließlich im Interesse des Friedens und der Wiederanrichtung der Weltwirtschaft gesehen. Man müsse daran zweifeln, ob Italien das gleiche Interesse im Auge habe, wenn es eine östereich-ungarische Vereinigung begünstige.

Kuhige Beurteilung in London

London, 22. Aug. Der römische Korrespondent der „Times“ meldet in seinem Bericht über die Zusammenkunft Mussolini-Dollfuß, die amtliche Mitteilung über den Versuch von Dollfuß werde dahin ausgelegt, daß Mussolini so bald wie möglich die Frage der wirtschaftlichen Lage in Zentral-Europa gemäß Artikel 4 des Viermächtepaktes aufwerfen wolle. Der ungarische Handelsminister Rabiny habe Rom voller Vertrauen verlassen, weil Italien erheblich dazu beigetragen habe, die ungarische Unabhängigkeit zu stärken. Was man hinsichtlich der ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse getan habe, könne wohl auch für österreichisches Holz und für sonstige österreichische Artikel getan werden. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß ein Abkommen über Erleichterungen im Touristenverkehr mit Österreich so gut wie fertiggestellt sei.

Wiener Presse schweigt sich aus

Wien, 22. Aug. Die Wiener Blätter am Montag früh bringen noch keine Kommentare zu der Besprechung in Riccione und beschränken sich darauf, abgesehen von der amtlichen Verkaufsanzeige, die bereits gemeldet wurde, Neuheiten des Emplanages wiederzugeben.

Seldte über die Arbeitsdienstpflicht

London, 22. Aug. Reichsarbeitsminister Seldte sprach sich einem Vertreter der „Neuen Londoner Zeitung“ gegenüber über den Arbeitsdienst aus. Er erklärte zunächst, rund 235 000 junge Leute beteiligen sich an dem Freiwilligen Arbeitsdienst. Seldte wandte sich dann gegen die falschen im Ausland verbreiteten Ansichten über die angeblichen militärischen Zwecke des Arbeitsdienstes sowie gegen die in Genf erhobenen Einwendungen. Er betonte, die deutsche Regierung werde sich trotzdem nicht von ihrer Pflicht abbringen lassen, die deutsche Jugend von der Straße fortzunehmen und sie vor sozialer und sittlicher Verwahrlosung zu schützen. Der Gedanke des Arbeitsdienstes habe sich in Deutschland bei allen Schichten der Bevölkerung durchgesetzt. Es habe sich auf der Arbeitsgemeinschaft ein neuer Geist der Notgemeinschaft deutscher Volksgenossen entwickelt, der schließlich den Gedanken des Klassenkampfes völlig ertöten werde. Die Gefahr, daß der Privatwirtschaft und dem Arbeitsmarkt Arbeitsmöglichkeiten durch den Arbeitsdienst fortgenommen würden, bestehe nicht, da dem Arbeitsdienst Aufgabenzugewiesen würden, die man heutzutage nicht mit der freien Wirtschaft lösen könne. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung zielt darauf hin, die Erstarrung, in der sich die Wirtschaft befindet, zu lösen, um in Deutschland brachliegende Arbeit, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen. In dem Geleis zur Verminderung der Arbeitslosigkeit fänden sich eine Reihe von Maßnahmen, die auch die private Initiative wecken und fördern würden. Die Reichsregierung werde auf diesem Wege fortfahren und noch eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die ebenfalls diesem Zwecke dienen sollten. Darüber werde die Reichsregierung aber nicht die unerlässlichen Voraussetzungen für das Gelingen des Arbeitsbeschaffungsprogramms

außer acht lassen: Geordnete öffentliche Finanzen, Sparbarkeit in der öffentlichen und privaten Wirtschaft sowie in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung und größte Sicherheit der innenpolitischen Verhältnisse.

Der erste badische Amtsbezirk

frei von Arbeitslosen!

Vom Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland wird mitgeteilt, daß der badische Amtsbezirk Adelsheim seit 18. August 1933 von Arbeitslosen völlig frei ist. Ebenso meldet die Amtsstadt Buchen i. D. die Unterbringung des letzten Arbeitslosen. Damit hat die Arbeitslosigkeit im Lande Baden einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen.

Der Großkampf gegen die Arbeitslosigkeit schreitet auch in anderen Bezirken fort. Im Bereich des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland hat sich die Zahl der Verwaltungsbezirke mit täglich schrumpfenden Arbeitslosenziffern weiter erhöht. Nach der Zählung vom 15. August 1933 sind im württembergischen Oberamtsbezirk Neresheim nur noch rund 60 Arbeitslose vorhanden. Damit ist die Zahl der Verwaltungsbezirke mit unter 100 Arbeitslosen in Württemberg auf 9 in Baden auf 4, insgesamt 13, gesunken. Die umfassenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern geben berechtigte Aussicht, daß in Kürze diese und weitere Bezirke von Arbeitslosen völlig oder nahezu ganz frei werden.

Deutsches Recht

III.

Kein Begriff war in den letzten hundert Jahren derartig mißverhändelt und mißverstanden worden als „Sozialismus“, das viele gebrauchten, dem jeder aber einen anderen Inhalt gab. Und es liegt viel an der Tatsache, daß „Sozialismus“ ein Fremdwort ist, das in Deutschland deutsche Menschen, die eigentlich, wenn man das vertarnende Fremdwort wegräumt, alle genau das gleiche wollten, sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpften und oft nicht merkten, daß sie damit nur an den Dämonen derer zappelten, die sie zu bekämpfen vorgaben. Seit der Umwälzung ist das Wort Sozialismus nunmehr ein eindeutiger Begriff geworden, an dem nicht mehr zu deuteln ist und zu diskutieren ist. Sozialismus ist einfach ausgedrückt Gerechtigkeit, das ordnende Prinzip, Recht ist ein der Arzteigentum eines Volkes oder Kulturraumes erwachsenes Gefühl, das Gesetz seine Funktion. Recht ist immer vorhanden, solange es Leben gibt und Menschen, die in Beziehungen stehen. Es sind die Beziehungen der Einzelnen untereinander innerhalb Familie, Stamm und Nation, wie mit einander zur Gesamtheit, der Gesamtheit eines Volkes wiederum zu den anderen Völkern. Letzteres kann kein Recht sein im Sinne arzteigenen Ursprunges, da es viele Nationen ganz verschiedenen Rechtsempfindens unter dem Völkerrecht vereinigen soll; es zeigt aber die Kulturböhe der völkerechtlichen Verhältnisse an.

Es ist hier also keineswegs vom Gesetz die Rede. In der verflochtenen Epoche hat so mancher Recht gesucht und es nicht gefunden. Wenn er sich bei seinem Anwalt darüber beklagte, konnte es passieren, daß der erfahrene Mann ihm ehrlieh sagte, das Gesetz entscheide und nicht das Recht. Ist das Gesetz ein artfremdes, vergewaltigt es das Recht, anstatt daß das Gesetz dem Rechtsgefühl entspringen. Es kommt auch hier nicht darauf an, dies oder jenes Gesetz unter die Lupe zu nehmen, das für die straf- und zivilrechtlichen Fälle maßgebend ist. Es kann hier nur von dem der tiefsten Belohnung eines Volkes entspringenen Rechtsgefühl die Rede sein, aus dem der Staat die Gesetze formen muß.

Wohl beachtet sei hier, daß der Staat die Gesetze gibt, während das Rechtsgefühl der Einheit Volk zu eigen ist. Daran erblickt, daß es nicht nur ein einheitliches Rechtsverständnis vom Bürger zum Staat gibt, sondern auch umgekehrt. Je härter freilich der Staat als Pyramidenstange auf der breiten Grundlage Volk aufgebaut ist und in der zunehmenden Untertänigkeit des Führer, der Spitze, Ausdruck der blutbedingten Eigengesetzlichkeit des Volkes, desto mehr gehen die Begriffe Staat und Volk ineinander über zur höchsten Einheit Volk. In dem Augenblick, in dem dieses höchste Ziel erreicht ist, das sich Adolf Hitler gestellt hat, sind auch Recht und Gesetz eins in jeder „Beziehung“.

Die Pyramide hat eine breite Basis. Die Pyramide kann nur dann von Dauer sein sowohl wie von Formidbarkeit, wenn jeder der nach oben abnehmenden Formstufen unter sich als Schicht wie innerhalb der Schicht der einzelne Stein sich dem Ganzen einfügt, gleichgerichtet ist. Voraussetzung ist aber auch — und darum ist auch das Recht vollst. bedingt — gleiche Materialhärte und Verbindungssubstanz.

Die gemeinsame Beziehung der Einzelnen zur Gesamtheit ist im neuen Staat die Leistung geworden. Nicht mehr Herkunft, Tradition, Geldbeutel, Stand oder Einbildung entscheiden und stellen den einen höher oder tiefer wie den anderen, ebenso nicht die Lebensstärke des Einzelnen, die er für sich allein einsetzt, sondern nur der Einsatz des Einzelnen in Richtung auf die Gesamtheit. Der Staat ist nicht mehr, wie im liberalistischen Sinne, nur eine Organisation, die den Einzelnen mit der größten Ellenbogenfreiheit in seinem Nachstreben auf dem Rücken der großen Menge schützen soll, wie es in den westlichen Staaten heute noch ist, sondern der Staat ist eine dem Volk entsprungene Organisation für das Volk. Jedem Einzelnen wird die volle Kraftentfaltung seiner Persönlichkeit voll und ganz belassen, sie wird sogar gefördert und angeregt, aber nur insoweit, als sie nicht den Interessen der Gesamtheit widerspricht. Damit ist aber zugleich gesagt, daß nicht persönlichkeitsstrebende Gleichmaderie das Fundament des Staates sein kann, daß vielmehr die natürlichen Unterschiede kraft göttlicher Weltordnung immer bestehen bleiben werden. Je höher die Leistung für die Gesamtheit ist, desto höher führt sie den Leistenden der Spitze zu und gibt so die Garantie eines wirklich organischen Aufbaues des gegenwärtig werdenden Neubaues.

Naturnotwendigerweise ist in dem natürlichen Wachstum zu diesem Ziel der Inbegriff des Lebensinhaltes für den Einzelnen das Eigentum. Nicht im Sinne des bürgerlichen Besitzbegriffes, sondern als Teilhaber am Ganzen zu verstehen, wiederum die Rechtsfrage. Niemand wird ernstlich anzweifeln, daß der deutsche Industriearbeiter, für den Marx die Bezeichnung „Prolet“ geprägt hat, mit ehrlischer Begeisterung 1914 für den Gedanken Deutschlands in den Krieg zog und dort genau wie andere keine Pflicht und mehr als das tat. Der Dolchstoß ist eine historische Tatsache wie die Revolution 1918, aber ebenso die Tatsache, daß beides nicht zu Lasten des deutschen Arbeiters geht, sondern zu Lasten seiner internationalen Verführer und verräterischer Elemente, die ihre Helfershelfer waren. Wie aber kam es, so müssen wir fragen, daß die in die Arbeiter geworfenen völkereigenen Gedanken und Taten beim deutschen Arbeiter überhaupt einen Anknüpfungspunkt finden konnten? Wie kam es, daß beim „Proletariat“ früher Kriegsmüdigkeit eintrat wie bei anderen Volksschichten? Die Verführer haben ihre Propaganda eben da eingelebt, wo eine Lücke aus der Kaiserzeit vorhanden war, in der Rechtslosigkeit des letzten Standes, dem beigebracht wurde, daß er nichts zu verlieren habe, aber durch eine Revolution alles gewinnen könne. Wäre der Arbeiter ein Teilhaber, ein Eigentümer am deutschen Staat

gewesen, hätte er keine Rechtsstellung gehabt, wäre an der großen Masse — die einzelnen Ausnahmen hätte es selbstredend gegeben — jegliche Propaganda gegen ihr Vaterland aus gesundem Selbsterhaltungsinстинт abgeprallt. Genau so wie das bestehende Bürgertum aus Instinkt, was es in Geschlechterfolgen erworben hat, gegen einen falscherkündenden Sozialismus verteidigt. Für Volksthum, Revolution und für die Verführer gibt es keine Entschuldigung, das ist geschichtliche Schuld. Ebenso aber ist es heute schon Geschichte,

daß jeder Einzelne jeglichen Standes in dem Leistungsgedanken jene Rechtsstellung hat, die ihm jede Möglichkeit jeder Leistung offenhält, die ihm die wahre Freiheit gibt, indem sie sie in den Notwendigkeiten der Gesamtheit beengert. Sie ist es, die ein für allemal die blutmäßige und vollstliche Bindung und Verbindung herstellt hat. Wie heißt es doch im Deutschlandlied? Einigkeit und Recht und Freiheit! Nicht der Zufall hat die Worte gewählt und sie so geordnet!

„Bußscharen“ gegen Hakenkreuze

Innsbruck, 22. Aug. In Voralberg hat der Sicherheitsdirektor Nada einen Erlaß veröffentlicht demzufolge verfügt wird, daß aus ehemaligen Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei sogenannte Bußscharen gebildet werden müßten, die auf Wänden und Häusern aufgemalte Hakenkreuze zu entfernen haben. Wer sich weigere, habe hohe Arreststrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 2000 Schilling zu erwarten. Am Sonntag wurde nun in Bregenz bereits die erste dieser Bußscharen gebildet. Ein Reichsdeutscher lehnte die Mitwirkung bei der Entfernung von Hakenkreuzen ab. Er wurde verhaftet und hat nun schwere Strafe zu erwarten.

Da in den letzten Tagen auf den Bergen um Innsbruck wieder Hakenkreuzfeuer abgebrannt wurden, nahmen die Behörden wieder einige Verhaftungen von Nationalsozialisten als Geiseln vor. Darunter befindet sich auch der Innsbrucker Rechtsanwalt Dr. Gels, der eine Gefängnisstrafe von acht Wochen erhielt.

Maßnahmen gegen einen katholischen Priester in Oesterreich

München, 22. Aug. Die Landesleitung Oesterreich der NSDAP. erhält aus Graz folgende Meldung: Der heiterische

katholische Priester Dr. Simon Pirchegger, der sich schon seit langem offen zum Nationalsozialismus bekannte und in einer Broschüre die Bischofsverleumdungen gegen die NSDAP kritisierte, wurde am vergangenen Mittwochabend von zwei Kriminalbeamten in dem Sanatorium Grabenhofen verhaftet, während gleichzeitig seine Wohnung durchsucht wurde. Auf der Polizei wurde Dr. Pirchegger einem 1½stündigen Verhör unterzogen, um von ihm zu erfahren, ob er schriftlichen Verkehr mit der Landesleitung München unterhalte. Am Freitagnachmittag wurde Dr. Pirchegger gegen Gelbstrafe wieder auf freien Fuß gesetzt, da man ihm nichts nachweisen konnte. Bezeichnend ist, daß man Dr. Pirchegger während seiner Haft nicht gestattete, mit seinem Rechtsanwalt in Verbindung zu treten und daß in Oesterreich selbst jede Veröffentlichung dieses Zwischenfalles in der Presse verboten wurde.

Verhaftungen in Salzburg

Wien, 22. Aug. Nach Berichten aus Salzburg ist wegen der kürzlichen Vorfälle anlässlich des Begräbnisses des nationalsozialistischen Vizepräsidenten des Salzburger Landtages in Rauris der frühere Bürgermeister von Zell am See, Stenerdirektor Ernst, und der frühere Gemeinderat von Zell am See, Bittner, verhaftet worden. Beide wurden beim Gemeindegericht in Salzburg eingeliefert.

Die Hitler-Jungen auf dem Freiheitsplatz in Budapest

Budapest, 22. Aug. Gestern vormittag zog die Abordnung der Hitler-Jungen auf dem Freiheitsplatz vor der Landesflagge auf, die zum Zeichen der Mahnung an das Friedensbistat auf Halbmaß wehr. Hier wurden die Hitler-Jungen von einer Ehrenkompanie der ungarischen Frontkämpfer und ungarischen Pfadfinder empfangen und durch ihren Führer Javornick begrüßt. Der Führer der H.J., Rabersberg, dankte kurz. Er wies dabei auf die Notwendigkeit der Einheitsfront im Kampf gegen die Friedensverträge hin. Die St.-Stephans-Feier habe auf seine Kameraden und ihn einen überwältigenden Eindruck gemacht. Die Kapelle der Hitlerjugend spielte die ungarische Nationalhymne, das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied. Ein Vorbeimarsch der Deutschen vor der Landesflagge folgte.

Dr. Ley Leiter der NS-Frauenstaffel

Berlin, 22. Aug. Die NSD. meldet: Der Stabsleiter der NS-Frauenstaffel, Dr. Ley, hat die Leitung der NS-Frauenstaffel übernommen. Es wird in kürzester Zeit erreicht werden, daß aus der Vielheit der Verbände eine geschlossene Einheit geschaffen wird, die vom nationalsozialistischen Geist durchdrungen und von Nationalsozialistinnen geführt wird. Weitere Anordnungen über den Ausbau der Organisation werden in Kürze ergehen. gen. Dr. Ley.

Vor der Auflösung der irischen Blauhenden?

Dublin, 22. August. Die Feldpostbesitzer der Blauhenden sind in ganz Irland mit Ausnahme des Zwischenfalls in Cork, wo die republikanische Armee in das Gebäude der Blauhenden einbrach und eine Plaque zersch, ohne Zwischenfälle verlaufen. Es fanden über 100 Feldpostbesitzer im ganzen Lande statt. Überall zeigte sich die Nationalgarde D'Uffys in ihren blauen Hemden. In einzelnen Städten nahmen auch Mädchen in blauen Blusen und Röcken teil. De Valera erklärte am Sonntagabend, daß er namentlich die Drohung der Regierung verwirklichen und die Blauhendenorganisation auflösen und verbieten werde. Bei Fortsetzung ihrer Tätigkeit würden sich die Mitglieder der Nationalgarde eines Vergehens gegen das Postlandsgesetz schuldig machen und dementsprechend bestraft werden. De Valera begründete seine Haltung in der Erklärung, daß die Blauhenden ungesetzmäßig auf eine Diktatur hinarbeiteten. Demgegenüber äußerte sich der General D'Uffy dahin, daß ein Verbot seiner Blauhenden ein Akt der Gewalt sein würde. Uniformtragen, Versammlungen im Freien und die Bildung von Verbänden seien, wie das Bestehen der irischen republikanischen Armee de Valeras beweise, in Irland völlig gesetzlich. Seine Organisation werde sich nicht auflösen lassen.

In einer in Thurles in der Grafschaft Tipperary gehaltenen Rede dementierte de Valera alle Gerüchte, daß Neuwahlen unmittelbar bevorstünden. Er habe Beweise, daß er noch über dieselbe Anhängerschaft im Lande wie zur Zeit der Wahl verfüge, so daß sich eine Neuwahl erübrige. Diese würde erst dann stattfinden, wenn die Amtsdauer des jetzigen Landtages abgelaufen sei.

„Kein Vertrag ist ewig . . .“

London, 22. Aug. Jan Masaryk, Sohn des tschechischen Präsidenten und Gesandter in London, hat dem „Daily Express“ von dem Sommerfest des Präsidenten, Topolcany, auf telephonische Anfrage eine Erklärung über die gegenwärtige Lage in Europa gegeben. Jan Masaryk sprach im Namen seines Vaters und sagte, daß in der Tschechoslowakei keine Befürchtungen mehr wegen des Viermächtepaktes beständen, wie auch immer die Dinge sich entwickeln mögen. Auf diplomatischem Wege sei die Tschechoslowakei verständig worden, daß von einer Revision der Grenzen keine Rede sei.

Dies beseitige jede Kriegsgefahr und Gerede über den Krieg sei töricht und schädlich.

Kein Vertrag sei ewig, und man gebe zu, daß auch der Versailles Vertrag letzten Endes einmal revidiert werden müsse. Aber Europa müsse sehr vorsichtig sein, wenn es an Fragen herangehe, die sich mit der Grenzrevision befaßten. „Daily Express“ erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß seinerzeit die Kleine Entente mit einem Kriege gedroht hatte, falls eine Revision der Grenzen im Rahmen des Viermächtepaktes beabsichtigt sei.

Politische Ziele würden durch wirtschaftliche Erwägung verkleinert. Alles aber habe nur einen Zweck, Oesterreich dauernd vom Deutschen Reich abzuriegeln. Die Frage, ob eine der vorgeschlagenen Lösungen geeignet sei, die Wirtschaftsknot Oesterreichs dauernd und erfolgreich zu bekämpfen, müsse verneint werden.

Deutschland und Oesterreich seien durch den Pulsschlag der Wirtschaft verbunden und müßten es bleiben, wenn der österreichische Bauer, Arbeiter und Unternehmer nicht zugrunde gehen sollten. Wenn daher heute das Ausland eine Unterstützungsfaktion für die Regierung Dollfuß entwickle, so könne es damit dieser Regierung in ihrem Kampf gegen das eigene Volk zwar vielleicht noch für eine kleine Weile den Rücken stärken, aber es werde damit zugleich auch ihrem letzten Anliegen im Volk und der österreichischen Wirtschaft den Todesstoß verlesen.

In Dänemark wird weiter gehezt

Berlin, 22. Aug. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Als gestern morgen mit Flugpost die dänische Zeitung „Politiken“ am Tempelhofer Feld ankam, mußte die deutsche Polizei diesen Gast als in Deutschland nicht willkommen bezeichnen und die Zeitungen beschlagnahmen. Es muß die Haltung der „Politiken“, die unentwegt gegen Deutschland weiter heizt, umso mehr auffallen, als Ministerpräsident Stauning in der Folge der standalösen Vorgänge und Handlungen des Abgeordneten Varloin Deutschland beruhigende Erklärungen abgegeben hat.

Kaum ist eine Woche verstrichen, bringt die „Politiken“ wieder Heftartikel gegen Deutschland, die ausgerechnet von dem Pariser „Emigranten“ Alfred Kerr verfaßt sind und in ihrer eifrigeren Höhe keineswegs über dem Durchschnitt der Arbeiten dieses Systemdichters stehen.

Es ist gar kein Zweifel, daß Deutschland auf die Dauer es sich nicht bieten lassen kann, das Großmut ausgenützt wird und daß Deutschland, wenn es auf diplomatischem Wege eben nicht geht, die wirtschaftlichen Maßnahmen treffen muß, die die dänische Bevölkerung darüber belehren werden, daß die Däne gegen Deutschland nicht für uns, aber sehr stark für das dänische Volk zum Nachteil werden kann. Denn wir bestehen in Deutschland noch immer sehr viel dänische Butter und Eier. Daß es — wenn Deutschland zu solchen Maßnahmen zu greifen gezwungen wird — den Betroffenen auf die Nerven geht, vermag man am besten an den Wirkungen der Grenzsperr nach Oesterreich zu erleben, die dem dortigen Fremdenverkefsgewerbe nicht sehr gut bekommen sein soll.



„Aber erlaube mal, mein lieber Benjamin!“ Die Stimme klang um kein Jota sanfter. „Ich sitz hier in München allein, schlage die verlockendsten Anträge aus, um ja meinen Beni nicht zu betrüben, — und du fährst da angeblich zum Arbeiten in die Welt hinaus, und in Wirklichkeit läßt du dich ohne weiteres mit einer Frau ein. Ist das deine Kreuze, mein Lieber? — So? — Und wenn ich um einen Brief hat, so habe ich erst eine Woche warten müssen, und dann kam eine Karte mit herzlichen Grüßen. Und nun wunderst du dich noch, daß ich mir darüber aufrege! — Ich denke, daß das Gegenteil viel verwunderlicher wäre!“

„Dori —“

„Gib mir jetzt auf meine Fragen Auskunft. — Ist sie hübsch?“

„Ach, Dori, ich muß dir noch etwas viel Schrecklicheres sagen,“ der Maler stöhnte vernehmlich.

„Sie will mich heiraten.“

„Was! — Das kleine Figürlein des Mädchens schneite wie ein Pfeil in die Höhe. — „Das wird nie geschehen! Galt du mich verstanden? — Nie!“

„Wo ist sie?“

„In Siebenbrunn —“

„Heißt —?“

„Bessie.“

„Bessie? — Ist das christlich? Ausgeschlossen. Und so etwas will mir meinen Mann entführen! — Sie sollen mich kennen lernen! — Wir fahren nach Siebenbrunn, Benjamin.“

„Aber, Dori —“

„Wir fahren! — Ich rufe sofort das Geschäft an, um mir für morgen freigegeben zu lassen. Es wird wohl gehen; ich lasse mir den Tag eben vom Urlaub abrechnen. — Da! dein Hut! — und hier dein Mantel! — Wir gehen sofort auf die Bahn, um nach den Jügen zu sehen.“ Sie verwickelte sich in einen Teppichzipfel und wäre fast zu Boden gefallen, wenn der Maler sie nicht gehalten hätte.

Vor der Türe drehte er sich mit bittenden Augen um:

„Dori —“

„Ja? — Was ist?“

„Würde es nicht genügen, wenn du allein fahren würdest?“

„Das könnte dir so passen! — Und in meiner Abwesenheit könntest du dann wieder mit einer anderen anfangen! Gibt es nicht, mein Lieber. Von heute an kommst du nicht mehr aus meinem Gesicht. — Und wenn ich die Sache da brauchen geregelt habe,“ ihr Gesicht war ganz nahe vor dem seinen, „dann, mein Freund, wird geheiratet.“

„Dori!“ Mit raschem Griff hatte er ihren Kopf erwischt und, ehe sie sich wehren konnte, den kleinen Mund geküßt. „Ja, das wollen wir!“

Sie sah ihn strafend an, aber ihr Blick war entschieden schon wieder versöhnlicher geworden. „Frechdachs! — Sol Wir gehen! Mit fester Hand verließ sie die Türe, um gleich darauf an des Malers Seite das Haus zu verlassen.“

Als die Verwalterstochter den kleinen Steg überschritt, der hier, mitten im Gestrüpp des niederen Bergwaldes, über das kleine Wassergerinnel sprang, hörte sie einen eiligen Schritt hinter sich. Sie wandte sich erschrocken um; im Zwielicht des dichten Gezweiges stand der junge Bauer vor ihr.

Sie wollte weiter, flammende Röte auf den Wangen. Er aber, wohl darauf vorbereitet, war rascher als sie; mit schnellem Griff packte er sie am Arm: „Isabell —“

„Laß mich los!“

„Nein, das tu' ich nicht. — Seit Wochen warte ich auf den Augenblick, wo ich dich allein sprechen kann, und da soll ich dich wieder laufen lassen?“ Sein Gesicht, durch das Fieber seines schlafenden Herzens mit Ruspur überzogen, näherte sich dem ihren. „Isabell! — du weißt doch, wie es um mich ist!“

„Laß' mich los!“

„Nein!“ Die Stimme klang unerbittlich. „Ich geb' dich nicht frei, bis ich Antwort hab' auf alles, was ich seit der Zeit, da du da bist, in mir herumtrage.“

„Frage!“ sagte sie trotzig.

„Isabell — ich hab' dich doch lieb —“

„Das hast du mir ja immer geschrieben. Aber wenn es mir recht wäre, dann hättest du es schon erfahren. — Ich will dich nicht.“ Der Ton ihrer Stimme war fast grausam.

„Isabell!“

„Es hat ja doch keinen Zweck! — Zwingen zur Lieb' — das kannst du mich ja doch nicht.“

„So überleg' es dir doch! — Ich bin nicht arm —“

„Sie zog ein verächtliches Gesicht: „Ich hab' es nicht mit dem Geld.“

„Und der Hof — und die Wirtschaft — und meinen Eltern ist es doch recht — und ich, und ich —“ seine Worte klangen heiser, „und ich würde tun, was du willst, Isabell.“

„Das ist es ja! — Einen solch Mann will ich ja nicht! — Einen, der mir seit Wochen nachläuft, obgleich er weiß, daß ich nichts nach ihm frage — ich sag' es dir nochmal: Laß' mich los. Es hat keinen Zweck.“ Sie suchte sich aus seiner Umklammerung zu befreien, aber er war stärker als sie. „Du! — Gib' mich frei! — Ich will dich nicht, ich will dich nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Baden und Nachbarstaaten

Bruchsal, 22. Aug. (Kurseröffnung für Gleitflugschulung.) Die Eröffnung des ersten vom Minister des Kultus und Unterrichts eingerichteten Kurses für Gleitflugschulung und Gleitflugschulung für Lehrkräfte an Fachschulen fand am Sonntag statt. Oberregierungsrat Federle, der Leiter der Fachschulen war persönlich erschienen u. bearbeitete die Teilnehmer im Namen des Ministers für Kultus und Unterricht. Dipl.-Ingenieur Koch, der Leiter des Kurses, machte Ausführungen über die Ausgestaltung dieses Kurses.

Karlsruhe, 21. Aug. (Prof. Dr. Ammann gestorben.) Aus Tegernsee kommt die Nachricht, daß der ordentliche Professor der Ingenieurwissenschaft an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Ing. Karl Otto Ammann, plötzlich im Alter von 54 Jahren verstorben ist. Im Jahre 1912 war Professor Ammann der Lehrstuhl für Straßen- und Eisenbahnen an der Technischen Hochschule Karlsruhe übertragen worden. Nach dem Kriege, den er als Artillerieoffizier mitmachte und in dem er mit hohen Orden ausgezeichnet wurde, hatte er doch durch die Ausarbeitung neuartiger atmosphärischer Schießbehälter wesentliche Vorteile im Gebirgskrieg geschaffen, nahm er seine Lehr- und Forschungstätigkeit an der Technischen Hochschule wieder auf. 1920 wurde ihm das Amt des Rektors übertragen. Den Studierenden war er ein hervorragender Lehrer, seinen Kollegen ein treuer Freund und Berater. Der Verlust aber für die technisch-wissenschaftliche Welt ist durch sein Hinscheiden sehr groß.

Oberwolfach, 22. Aug. (Töblicher Unfall.) In der Frühe des Montag wurde der 23jährige Schreiner Wilhelm Armbruster aus dem Hinter-Rastbach in der Nähe des Piesfeldbühlenshofes tot in der Wolf angetroffen. Sein Fahrrad lag neben ihm. Wie sich aus den amtlichen Feststellungen ergab, verlor der Verunglückte, der ohne Licht fuhr, bei der Heimfahrt von Oberwolfach in der Kurve vor der Weienkurett-Brücke die Orientierung und fuhr über den drei Meter hohen Damm in die Wolf. Wie die Schürflungen zeigen, fiel er anscheinend direkt auf das Gesicht, wurde durch den Aufschlag bewußtlos und ertrank.

Offenburg, 22. Aug. (Der Tod auf den Schienen.) In den frühen Morgenstunden des Montags wurde auf der Bahnstrecke die Leiche eines älteren Bäuerlins, der Tochter des verstorbenen Kaufmanns Danneberg, überfahren aufgefunden. Die Verunglückte war nervenleidend und in einem Erholungsheim untergebracht, von wo sie sich im Laufe des Sonntags entfernt hatte.

Hornberg, 22. Aug. (Belegschaft verdoppelt.) Der hiesigen Firma Schiele u. Bruchsaler ist es gelungen, ihre Belegschaft in kurzer Zeit um 40 v. H. zu erhöhen, so daß nunmehr 200 Mann beschäftigt werden. Eine neue epochemachende Erfindung eines Schnellheizalters, die auf der Essener Wärmeausstellung großes Aufsehen erregte, hat der Firma die Aufträge gebracht, um die große Arbeiterzahl einzustellen. — Auf dem Wege des freien Arbeitsdienstes baut Hornberg zur Zeit eine neue, selten schön gelegene Straße, die halb fertiggestellt ist und den Namen des Reichsstatthalters tragen soll. Die neue Straße erschließt ein umfangreiches Baugelände.

Freiburg, 22. Aug. Von den 198 Gemeinden des Arbeitsamtsbezirks Freiburg sind heute bereits 75 ohne unterstützte Arbeitslose; 100 Gemeinden haben weniger als 10 Unterstützungsempfänger. In der Zeit vom 1. bis 15. Aug. 1933 ist die Zahl der Arbeitslosen weiterhin um rund 300 Arbeitslose auf 9107 gesunken.

Oberwinden bei Waldshut, 21. August. (Schweres Motorradunfall.) Am Sonntag nachmittag fuhr in der Nähe des Bahnhofs ein Motorradfahrer mit Sozius mit voller Wucht auf ein entgegenkommendes Fuhrwerk auf, wobei der Kraftfahrer gegen die Deichsel des Wagens geschleudert wurde, die ihn in den Brustkorb einbrang und ihn lebensgefährlich verletzte. Der Mitfahrer blieb ebenfalls schwer verletzt liegen. Die beiden Verunglückten wurden in das Elzacher Krankenhaus eingeliefert.

Die neue Fleischsteuerstaffelung

Steuervereinfachungen

Karlsruhe, 22. August Durch neuerliches Gesetz wurde eine Staffelländerung der im Fleischsteuergesetz vom 9. Dezember 1932 (Bierle Haushaltnotverordnung zur Sicherung des Staatshaushalts) vorgesehenen Steuerföhe vorgenommen. Danach tritt eine Steuererleichterung für ein Stück Rindvieh mit einem Lebendgewicht von über 600 bis 750 Kilogramm um 6 RM von 30 auf 24 RM und über 750 Kilogramm um 10 RM von 36 auf 26 RM ein. Die Söhe für Lebendgewicht unter 600 Kilogramm bleiben unverändert. Sie betragen für ein Lebendgewicht von mehr als 150 bis 250 Kilogramm (auch für eine Magerkuh) 7 RM; bis 350 Kilogramm 10 RM; bis 500 Kilogramm 16 RM; bis 600 Kilogramm 22 RM. Kühe und Fohlen sollen bis zu diesem Gewicht 16 RM darüber 22 RM. Für ein Kalb muß

Reichsfeittige Erleichterung der Ernte-Finanzierung

Um die Einlagerung von Getreide in den ersten Monaten nach der Ernte zwecks späteren Ablasses durch Schaffung geeigneter Einlagerungs- und Finanzierungsbedingungen zu erleichtern, ist den Händlern, Warengesellschaften, Mühlen und sonstigen getreideverarbeitenden Betrieben die Möglichkeit anebenen:

1. Getreide inländischer Herkunft diesjähriger Ernte gegen Orderlagerföhe der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, Geschäftsabteilung (im folgenden RMG genannt), in den ihr angeschlossenen oder anzuschließenden Lägern oder gegen Orderlagerföhe vom 16. Dezember 1931 konzeffioniert sind, in den Lägern dieser Lagerhalter einzulagern;

2. gegen Wechsel, die auf nicht mehr als 70 Prozent des Wertes des eingelagerten Getreides lauten, durch die Uebertragung der vorbestimmten Orderlagerföhe gesichert, von der Bank des Einlagerers akzeptiert und von der Zentrale deutscher Getreidekreditbanken A. G. akzeptiert sind, Diskontkredit in Anspruch zu nehmen, wobei die zur Sicherung der Wechsel dienenden Orderlagerföhe von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt treuhänderisch verwaltet werden.

Reichsfeittig werden hierfür folgende Vergünstigungen gewöhrt:

1. Lagerkostenvergütung.

Das Reich fest die RMG, durch entsprechende Entschädigung in die Lage, ihre Lagerkostengeböhren, und zwar sowohl bei Fremdlager als auch bei Eigenlager, für eine bis spätestens 30. November 1933 gegen Orderlagerföhe vorgenommene, mindestens drei Monate dauernde Einlagerung von Getreide inländischer Herkunft diesjähriger Ernte um 1 RM, je Tonne herabzusetzen, so daß in diesen Fällen für die Beteiligten keine Mehrkosten aus der zentralen Verwaltung der RMG, angeschlossenen Läger, bei Eigenlager überhaupt keine Mehrkosten erwachsen.

Darüber hinaus gewöhrt das Reich bei Einlagerung auf Fremdlager einen Lagerkostenzuschuß von 5 RM, je Tonne, wenn Getreide inländischer Herkunft diesjähriger Ernte spätestens am 30. November 1933 auf die Dauer von mindestens drei Monaten gegen Orderlagerföhe eingelagert wird und folgende Voraussetzungen erfüllt sind: Das Getreide darf in der für die Verbilligung in Betracht kommenden Zeitspanne von dem Einlagerer nicht veräußert werden; die Möglichkeiten, in eigenen, gemieteten und gepachteten Räumen einzulagern, müssen erschöpft sein; der Einlagerer darf mit dem Unterlagerhalter der RMG, wirtschaftlich nicht ganz oder größtenteils identisch sein.

Die Anträge auf Gewöhrtung des Lagerkostenzuschusses sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der dreimonatlichen Einlagerungsdauer unter Verfügtung der Lagerkostenabrechnung an die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt zu richten, die seitens des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft mit der Durchführung der Zuschußgewöhrtung betraut ist. Ueber die Anträge entscheidet die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft unter Ausschluß des Rechtsweages.

Die Antragsformulare sind bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt erhältlich.

2. Zinsvergütung.

Die bei der Zentrale deutscher Getreidekreditbanken und bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt entstehenden Zinsspannen sowie die entstehenden Wechselstempelzinsen werden auf das Reich übernommen. Diese Vergütungen werden reichsfeittig über die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt gewöhrt und von der Zentrale deutscher Getreidekreditbanken bei der Diskontierung ohne weiteres verrechnet. Einem besonderen Antrags der Beteiligten bedarf es also nicht. Unter Berücksichtigung der reichsfeittigen Erleichterungen steht hiernach dieser durch Orderlagerföhe gesicherte Wechselkredit in Höhe von 70 Prozent des Getreidewerts dem einlagernden Kreditnehmer regelmäßig zu 5 Prozent (nämlich Reichsbankdiskontsatz + 1 Proz. für die Bank des Einlagerers) zur Verfügtung.

Auskunft erteilen:

- über die Einlagerung in RMG-Lägern und die Ausstellung von Orderlagerföhen der RMG.: die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, Geschäftsabteilung, Abteilung I, Berlin SW. 11, Stresemannstraße 92/102 (Europahaus);
- über die Einlagerung in Lägern konzeffionierten Lagerhalter und die Ausstellung von Orderlagerföhen: die konzeffionierten Lagerhalter;
- über die Lagerkostenvergütung: die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 67;
- über die Verbilligung der Orderlagerföhe (durch Wechseldiskontierung): die Zentrale deutscher Getreidekreditbanken A. G., Berlin W. 8, Taubenstraße 25.

künftig ein Steuerlat von 4 RM entrichtet werden, während bisher je nach Gewicht 3 oder 5 RM zu zahlen waren, desgleichen für ein Schwein, wofür ein Steuerlat von 8 RM vorgesehen ist. Bisher waren die Söhe je nach Gewicht gestaffelt in 5, 8 und 10 RM. Die neuen Steuerföhe sind am 16. August in Kraft getreten.

Kunstturnen der Meister der Deutschen Turnerschaft im Kurhaus in Baden-Baden

Wie wir bereits berichtet haben, ist es den Bemühungen der Städtischen Kurdirektion gelungen, anstehend an das Stuttgarter Turnfest, die Meister der Deutschen Turnerschaft für ein Schattenturnen im Großen Bühnensaal des Kurhauses in Baden-Baden am Samstag, dem 26. August, zu gewinnen. Die Besucher dieser Veranstaltung werden Gelegenheit haben, Kriegerübungen am Barren und am Pferd, sowie insbesondere Übungen am Reck in vollendetster Form zu sehen. Die Übungen stehen unter persönlicher Leitung des Mannerturnwarts der Deutschen Turnerschaft, Herrn Direktor Martin Schneider. Es werden weiter mitwirken: eine Mädchen- und eine Schülerinnenabteilung der Badener Turnvereine unter Leitung unseres hier bestens bekannten Overturnwarts Laner.

Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist erfreulicherweise schon sehr groß. Insbesondere liegen von auswärtig zahlreich Kartenbestellungen vor. Die Kurdirektion macht die Interessenten für diese sich hier selten bietende Veranstaltung darauf aufmerksam, die Karten schnellstens zu lösen, da nur noch eine beschränkte Anzahl Plätze zur Verfügtung steht. Die Eintrittspreise betragen RM. 1.—, 1.50 und 2.50. Der Vorverkauf findet an der Kurhauskassa statt.

Handels-Nachrichten

Mannheimer Produktenbörse vom 21. August.

Amittig notierten: Weizen inl. 19.00, Roggen inl. 15.50, Hafer inl. alt 15.00, Sommergerste inl. neu 17.50—19.50, Wintergerste neu 15.50—18.00, Futtergerste 15.00, Platamais 17.50—18.00, Erdnufkuchen 15.50—15.75, Sojafahrot 14.00 bis

14.50, Rapskuchen 11.75—12.00, Palmkuchen 13.75—14.00, Kofoskuchen 14.75, Gesamkuchen 14.75—15.00, Feinkuchen 15.00—15.25, Viertreber 13.50—14.00, Frodenkühnel 7.75 bis 8.00, Weizenmehl Spez, Null Südd. mit Austauschweizen 28.50, Inlandsvermahlung alte Ernte 27.50, Austauschweizen neue Ernte 28.25, Inlandsvermahlung neue Ernte 27.25, Roggenmehl 70/60proz. nordd. 21.50—22.50, Südd. v. pflanzl. 21.75 bis 22.75, Weizenkleie fein 7.50—7.75, grob 8.00—8.25, Roggenkleie 7.75—8.50, Weizenfuttermehl 10.25—10.50, Roggenfuttermehl 9.50—11.00, Weizenrohweizen 14.00—15.50 RM, alles per 100 Kg. Tendenz: ruhig.

Amittliche Berliner Devisen-Kurse

	Geldkurs		Briefkurs		rür
Amsterdam	21.8	18.8	21.8	18.8	100 Gulden
Athen	169.63	169.58	169.97	169.92	100 Drachm
Brüssel	2.408	2.403	2.412	2.412	100 Belga
Bukarest	58.56	58.57	58.68	58.69	100 Ley
Canada	2.488	2.488	2.492	2.492	1 can. Dollar
Danzig	2.907	2.917	2.913	2.923	100 Gulden
Italien	81.62	81.62	81.78	81.78	100 Lire
Japan	22.10	22.10	22.14	22.14	1 Yen
Kopenhagen	0.826	0.826	0.828	0.828	100 Kronen
Lissabon	61.94	61.94	62.06	62.06	100 Escudo
London	12.71	12.71	12.73	12.73	1 Pfd. Sterl.
New-York	13.85	13.87	13.89	13.91	1 Dollar
Paris	3.067	3.077	3.073	3.083	100 Franken
Prag	16.43	16.43	16.47	16.47	100 Kronen
Schweiz	12.41	12.41	12.43	12.43	100 Frank
Sofia	80.97	80.98	81.13	81.14	100 Levä
Spanien	3.047	3.047	3.053	3.053	100 Peseten
Stokholm	35.08	35.06	35.16	35.14	100 Kronen
Wien	71.51	71.53	71.65	71.67	100 Schill.

Letzte Nachrichten

Der Deutschlandflug 1933 hat begonnen. Am Montag, dem ersten Tage des Fluges laut Ausschreibung, sind in Berlin auf dem Tempelhofer Feld bereits 25 Sportflugzeuge gelandet.

In Szankofors in Dalmatien ermordete der 21 Jahre alte Bauernsohn Klaritsch die beiden Kinder seines Nachbarn, mit dem er in Streit lebt. Sodann schlachtete er eine Grefin ab, die zufällig des Weges kam, und Augenzeuge des Mordes war. Der Mörder sowie seine Mutter und sein Bruder wurden verhaftet, da sich herausstellte, daß sie aus Rache den Mordplan ausgedacht haben.

In Berlin fand die allmonatliche Gaupressetagung der RDA statt, die den Zweck verfolgt, eine engere Verbindung zwischen der Presseorganisation der Partei, den Pressestellen der Behörden und der nationalsozialistischen Presse herzustellen.

Der bei dem Orkan am Sonntag in München ums Leben gefommene Hitler-Junge wird am Mittwoch nachmittag in Unterhaching bei München auf Staatskosten beerdigt werden. Die übrigen verunglückten Personen befinden sich auf dem Wege der Beherung.

Ein Londoner Gericht verurteilte einen Juden, der am Piccadilly-Birrus deutschfeindliche Schriften verteilt und dabei gerufen hatte, „Hitlerium ist Terrorismus“, zu einer Geldstrafe zu einem Pfund Sterling. Die Polizei hatte den Mann aufgefordert, wegzugehen, weil eine Verlehdung zu befürchten war. Der Richter billigte das Verhalten der Polizei.

Wetterbericht

Vorhersage für Dienstag. Veränderliche Bewölkung mit einzelnen Regenfällen, bei lebhaften westlichen Winden nur mäßige warm.

Witterungsaussichten für Mittwoch. Bei Luftzufuhr aus West-Fordauer der wechselhaften und unbeständigen Witterung.

Der Beamte im neuen Staat

Karlsruhe, 22. Aug. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Unterrichtsminister hat die in der Presse bereits bekanntgegebene Verlautbarung der Badischen Regierung über das Verbot von Eingaben und Anträgen von Beamten und Beamtenorganisationen im Amtsblatt veröffentlicht und daran folgende Ausführungen angehängt: „Der Beamte muß im neuen Staat wieder anknüpfen an die große Tradition der Preussisch-Deutschen Beamtenenschaft, von der auch die Badische Beamtenenschaft bis zur November-Revolution erfüllt war. Hiernach ist das Beamtenverhältnis kein Arbeitsverhältnis schlechthin, sondern ein besonderes Treueverhältnis zum Staat.“

Der Beamte ist Staatsdiener in jenem Sinne, in welchem der große Preussensöge sich als den ersten Diener des Staates bezeichnet hat.

Es ist für jeden Deutschen eine Ehre, dem Staat als Beamter zu dienen, an dessen Spitze die ehrwürdige Gestalt des Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen Leben ein händiger Beweis deutscher Beamtenpflichtserfüllung war, und der Reichskanzler Adolf Dittler stehen, der seine letzte Kraft für Deutschland einsetzt. Gerade der Beamte und vor allem der Lehrer muß durch seine Auffassung vom Dienst für Volk und Staat Träger und Vorbild jener idealistischen Welt- und Lebensauffassung sein, die das national-sozialistische Deutschland vertritt. Die materialistische und auerwissenschaftliche Auffassung, die sich auch vielfach in den Beamtenverbänden breit machte, muß überwunden sein. Das deutsche Volk konnte vor seinen Beamten keine Achtung haben, solange die Beamtenenschaft in der Deffektivität im allgemeinen nichts anderes verstanden hat als ihre Befolbungsfragen, auch noch zu Zeiten in denen ein großer Teil des Volkes sich in Not befand. Die Befolbung des Beamten ist kein Arbeitslohn,

sondern eine Unterhaltsrente, die der Staat dem Beamten gibt. Daß der Staat, solange er selbst sich in wirtschaftlicher Not befindet, an dieser Not auch die Beamten teilnehmend läßt, ist für jeden richtig eingestellten Beamten selbstverständlich. Die Einstellung zum Staat und die Arbeitsfreudigkeit des Staatsdieners im wahren Sinne des Wortes dürfen aber hierunter nicht liegen.

Daß im nationalsozialistischen Staat keine dunkelhaften Standesunterschiede in der Beamtenenschaft bestehen sollen, ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist aber im Führerstaat, daß das dienliche Unter- und Ueberordnungsverhältnis voll gewöhrt wird.

Auf ein letztes möchte ich aus dem gegebenen Anlaß noch hinweisen: Im Novemberkriege hatte sich vielfach eingebürgert, daß Schulleitungen und Lehrer, wenn sie in der Presse persönlich angegriffen wurden, in dieser antworteten. Häufig hat sich dann eine richtige Presseföhe angeschlossen. Ein derartiges Vorgehen ist mit dem Staatsgedanken des neuen Deutschlands nicht vereinbar. Angriffe auf Beamte der Unterrichtsverwaltung in der Deffektivität richten sich letzten Endes gegen mich als Leiter der gesamten Unterrichtsverwaltung. Es muß daher meiner Entscheidung vorbehalten werden, ob und in welcher Weise in solchen Fällen eine Berichtigung zu bringen ist. Es wird daher Schulleitern und Lehrern unterlagt, in der Presse auf Angriffe ohne meine Zustimmung zu antworten oder gar selbst in der Presse Angriffe zu erheben. Erforderlichenfalls ist bei mir Antrag auf Herbeiföhrung einer Berichtigung zu stellen. Dies kann auch — wenn Eile nottut — fernmündlich erfolgen.

Erläuternd will ich noch bemerken, daß im neuen Staat von der Presse erwartet werden kann, daß sie unächliche oder auf ihre tatsächlichen Unterlagen nicht nachgeprüfte Angriffe gegen Schulleiter und Lehrer unterläßt.

